

Wald-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wald-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.50 Gelddm., durch Postbestellung 1.40 Gelddm., durch die Post 1.85 Gelddm. 40 Gelddm. für Postgebühren. Einmalige Anzeigen-Nummern: Jede Uhr normiert. Die Anzeigen werden nach Kolonial-Listen berechnet. Die Seite 0.21 Gelddm.

Die Anzeigen, die im gleichen Wertesinn in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besonders Ermäßigung. Derzeitige: Neue Promenade 11 u. a. Deutscher Platz 17, 7. September. Nummer: 7431. Halle, Postfach 7431. „Einsparung der Zeit“: Halle, Postfach 7431. Halle, Postfach 7431. Halle, Postfach 7431. Halle, Postfach 7431.

Die Entwaffnungsforderungen der Alliierten.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Die Londoner „Evening Times“ melden: Der deutsche Botschafter hat Chamberlain den Vorschlag einer Rüstungskonferenz erneut unterbreitet. Auf englischer Seite besteht geringe Neigung für diesen Plan.

Im Reichsrat wurde ein Gesetzentwurf angenommen über die Ausübung des Rechts zum Tragen einer Militäruniform durch Angehörige des alten Heeres. Der Reichspräsident soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrats nähere Bestimmungen über das Recht zum Tragen einer Militäruniform zu erlassen. Damit fällt die Ausnahmeordnung vom 30. August 1921.

Am Montagabend wird die Konferenzaktion des Reichstages, den Ministern zufolge, zu einer nächsten Sitzung zusammenzutreten. Die Fraktion wird sich mit der Frage befassen, ob eine Umwidmung der gegenwärtigen Reichsregierung notwendig ist, oder ob man das Kabinett Braun in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen lassen sollte.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Finanz- und Steuerdeputation wurde der Vorschlag des Oberbürgermeisters und des Räumers, eine 500-Millionen-Rente auf dem amerikanischen Markt aufzunehmen, angenommen. Die Vorlage an die Stadtratsversammlung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

In den Vorkriegsjahren war die Verbindung der Vertreter der parteipolitisch und religionsneutralen geistlichen Angelegenheiten von Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Polen, der Tschechoslowakei und Österreich zur Gründung der neutralen Angelegenheiten-internationale zu kommen, die mit der Gründung schon mehr als eine halbe Million Mitglieder umfasst. Der Sitz dieser internationale wird in Straßburg sein. — Der Vorkriegsdeutscher Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin, Reichsanzeiger, Schneider, wurde zum Vorhinein demgemäß. Vizepräsident ist der Franzose Portatier.

Uns Paris wird gemeldet: Der Frankfurter hat zu Lebensmittelpflanzen in Belleville und St. Antoine geführt. Der Polizeigericht selbst sind von dem Böbel teilweise demolierte Kabinette. Der Sitz dieser internationale wird in Straßburg sein. — Der Vorkriegsdeutscher Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin, Reichsanzeiger, Schneider, wurde zum Vorhinein demgemäß. Vizepräsident ist der Franzose Portatier.

In Paris wurden nach Beendigung einer von Kommunisten einberufenen Volkserammlung von der Polizei etwa 50 Teilnehmer, meist jugendliche Personen, einer Vernehmung unterzogen. Bei 36 von ihnen wurden Waffen gefunden. Sie wurden vorläufig in Haft genommen.

„Havas“ berichtet von mehreren Verhaftungen kommunistischer Agitatoren in Frankreich. So sind in Tours zahlreiche Flugblätter beschlagnahmt und mehrere Personen verhaftet worden. In Paris ist ein Strafverfahren gegen das dort erscheinende Blatt „Contre social“ eingeleitet worden. Deswegen sind dort mehrere Personen, die bei der Verteilung revolutionärer Schriften betroffen wurden, dem Staatsanwalt übergeben worden.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Leningrad: Eine ganze Anzahl französischer Soldaten und auch mehrere Offiziere sind wegen Ungehorsam vom fremde Militär worden. Das es sich um Tsaristen und nicht nur Geniehe handelt, ergibt sich aus den vielen Anschlägen der französischen Besetzung über die an Grund feindgerichteter Artikel vorgelegenen Hinrichtungen.

Aus Fernigan eingegangene Nachrichten melden die Aufdeckung eines Attentatsplanes gegen den König Alfonso von Spanien. Diesen Telegrammen zufolge sollen einige Kilometer von Barcelona auf der Eisenbahnstraße Madrid-Barcelona, die der Hofung am 4. Juni passieren sollte, Bomben starkes Kalibers entdeckt worden sein. Im Zusammenhang damit seien 19 Personen, meist Studenten und Handlungsgehilfen, die einer extremistischen katalonischen Geheimgesellschaft angehören, verhaftet worden.

Der „Herold“ meldet aus Washington: Der Bundesgerichtshof hat gegen einen Teil der dort sitzenden lebenden deutschen Vermögenden neue Urteile amerikanischer Firmen zur Durchführung erbrocht.

Die Reichswehr soll eine Polizeitruppe werden.

Die Entwaffnungsnote.

Der am Donnerstag überreichten Note der Alliierten Konvention entnehmen wir folgende Stellen:
Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Vorbergründen zu stellen, daß die Gesamtheit der Verträge Deutschlands, falls nicht idem Abzichte geschlossen wird, der deutschen Regierung späterhin die Wiederherstellung eines den einseitigen Geboten eines Volkes in Waffen vermittelnden Heeres ermöglichen würde, im förmlichen Widerspruch mit dem Friedensvertrag, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebietes und zum Schutz der Grenzen bestimmt sein soll. Die Lasten sind es, welche die Bedeutung jedes der festgestellten Verträge in das rechte Licht setzen und dadurch ihrer Gesamtheit

einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter (1)

geben. Man muß sich vor Augen halten, daß die in Rede stehenden Verträge den ernstesten, aber nicht einzigen Beweis für die Wiederherstellung dieses wesentlichen Teiles des Friedensvertrages durch Deutschland darstellen. ... Die alliierten Regierungen stellen fest, daß die Reparationskommission in dem anliegenden Entwurf keine Reparationsverpflichtung, wie sie im gegenwärtigen Verträge festgelegt ist, erfüllt. Sie sind besorgt, daß die Vorbehalte, zu denen sie infolge der Nichterfüllung anderer Vertragsbestimmungen berechtigt sein würden, mit Rücksicht auf die ausstehende Bedeutung, die sie der Erfüllung der militärischen Vertragsbestimmungen beizulegen, bereit, den

Befehl zur Räumung
der ersten Belegungszone zu geben, sobald die im dritten Teil des anliegenden Memorandums aufgeführten Verträge befolgt sein werden. ... Wenn sich nichts mehr entgegensteht, daß die Kontrollkommission überführt wird, deren Aufgabe als beendet wird angesehen werden können. Diese Abänderung wird dem Völkerbundrat mitgeteilt werden, damit die von ihm zur Durchführung des Art. 213 des Friedensvertrages beschlossenen Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden können. Am Schluß der Note weisen die Alliierten den Vorwurf zurück, daß die Nichterfüllung im Widerspruch zu den „Verpflichtungen“ ließe und betonen, daß es ihnen mit ihren Forderungen hohes Ernst ist und daß sie den „Wichtig“ haben, jede Auseinandersetzung zu vermeiden.

Die einzelnen Forderungen.

Dem Memorandum der Botschafterkonferenz sind 4 e in 14 Absätzen zu belegen, von denen die mit I. einsehend mit den Fragen der militärischen Württemberg befaßt, während die zweite nur eine kurze Mitteilung der Reparationskommission an die Botschafterkonferenz, datiert vom 29. Mai 1925, enthält, wonach Deutschland seine Reparationsverpflichtungen, wie gegenwärtig festgelegt, getreulich erfüllt.

Die Anlage I zerfällt in vier Teile. Im ersten wird der Stand der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen auf militärischem Gebiet nach dem Bericht der Kontrollkommission vom 25. Januar 1925 wiedergegeben. Im zweiten werden die nach Ansicht der Alliierten noch unerledigten Hauptpunkte, im dritten die geforderten weiteren Maßnahmen und im vierten die bisherigen Zugeständnisse der Alliierten wiedergegeben. Von den 159 in 180 des Berichtes Verträge werden als vollständig erfüllt bezeichnet 160 Abs. 1, 163, 165, 172, 173, 175 und 180 Abs. 1, 176, 178, 179 und Art. 211. Die übrigen Verträge werden als nicht erfüllt bezeichnet. Es wird daran eine Anzahl einzelner Forderungen geknüpft:

I. Polizei.

Die Polizei hat nach Ansicht der Alliierten dieselbe Organisation wie Ende 1922. Dieser Befehl ist gegenwärtig auf ungefähr 180 000 Mann, fast die durch die Boulenger Note geforderten 150 000. Außerdem sollen polizeiliche Hilfskräfte, Hilfspolizei, Korpispolizei usw. gebildet werden, die in den obigen Ziffern nicht einbezogen sind.

Die Gendarmerie habe militärischen Charakter, sei in Einheiten zusammengefaßt, in Kasernen untergebracht, habe besondere Stäbe, erhalte gemeinsame militärische Ausbildung und sei im Bedarfsfall sämtlicher Waffen, die von der Inter-

alliierten Militärkontrollkommission der Polizei in ihrer Gesamtheit auszuliefern seien.

Gefordert wird die Durchführung von Maßnahmen, die der Polizei dem Charakter eines regionalen und kommunalen Organs bewahren. Die Stärke der Gesamtheit der Beamten und Angestellten aller Kategorien solle 150 000 Mann nicht überschreiten. Ueberzählige sollten verschont und alle Hilfsformationen beseitigt werden, weiter sei der militärische Aufbau und die Ausbildung, die einem gemeinschaftlichen militärischen Charakter trage, sowie die Verpflichtung der Polizei für zwölf Jahre wie der Reichswehrtruppen zu befestigen und dem Personal der Charakter von

Beamten auf Lebenszeit
zu verleihen. Wenn die erforderlichen Schritte zur Durchführung dieser Maßnahmen getan seien, werde eine gewisse Zahl bedeutender Städte die teilweise Kasernierung der Polizei zugestanden, worüber die Militärkontrollkommission auf Vorladung der Reichsregierung zu entscheiden habe. Zum Schluß wird noch die

Vermeidung der Einrichtungen zur drahtlosen Telegraphie
bei der Polizei gefordert, soweit es sich nicht um feste Stationen handele, die von der Militärkontrollkommission zu genehmigen seien. Von der gleichen Stelle soll

der Vorstand der geschlossenen oder Entwaffnungsmaßnahmen genehmigt werden. (II)

die zur Durchführung der obigen Maßnahmen erlassenen Verfügungen.

II. In den Fabriken, Depots und Werkstätten

werden eine ganze Reihe von Forderungen auf Verwertung von Maschinen und Fortführung von Einrichtungen und Anlagen aufgestellt. So sollen in den D. N. W. G. in Karlsruhe

526 Maschinen
der Retronenfabrik und 278 der Retronenmaschinenfabrik noch zerlegt werden, ebenso 885 der Fabrik Mauser in Oberndorf und 1373 der D. N. W. G. in Wittenau. Bei den genehmigten

Fabriken der Firma Krupp
in Essen-Messen die Fortführung der großen Maschinenwerkstätte Nr. 10, weiter von elf Preisen zur Herstellung formtriebiger Explosivstoffe für ein Munitionsvorrat gefordert. Für die militärischen Werkstätten und Depots werden Umstellungen, Veränderungen und Fortführungen gefordert, so die Fortführung von 1500 Munitionsschuppen bei der Werkstätte des Westfalens in Solingen, die

Beseitigung des Gasfachlagers
in Hannover, sowie einzelner Werkstätten der Truppenartie und der Polizei.

III. Materialablieferung

Sie wird im wesentlichen das Vorhandensein zu vieler Ersatz- und Ergänzungsteile beanstanden. Es seien solche Teile für die Zusammenlegung von 15 000 Gewehren oder Karabinern, von 21 leichten Artilleriewerfern — ohne Rohr und Geschütz, von 200000 Gewehr- und Geschützpatronen, ferner von Hülsen, Fußbeschlagmaterial, Pioniergerät, Signalgerät, Geschützen, Tragtarausrüstungen, Feldübungsgegenständen, ferner 22 Dreibeinige für Raketen auf Schienen miderständig vorhanden. Für alle solche Bestände wird die Zurückführung auf einen von der Kontrollkommission bestimmten oder zu bestimmenden Bestand bzw. Ablieferung gefordert. Die Anfertigung von Maschinenteilen in nicht genehmigten Werkstätten und die Anfertigung von 30 Millionen Kart 25 Millionen als jährliches Uebungsmaterial wird untersagt. Von der Bewaffnung der Polizei wird die Ablieferung der Waffensammlungen, der überschüssigen Ersatzteile und der sämtlichen angeblich 80 000 Stahlhelme gefordert. Schließlich wird die Auslieferung des Heeres mit Gasmasken gefordert, deren Bestand von der Militärkontrollkommission in einer gewissen Höhe festzusetzen sei.

IV. Reichswehrgeneration.

Es werden die Befugnisse des Chefs der Heeresleitung beanstanden, der nach der Verordnung vom 26. September 1919 nur der Chef des Stabes des Reichswehrministers, durch die Verordnung vom 12. August 1920 aber tatsächlich Oberbefehlshaber geworden sei. Hier wird die Wiederherstellung des Zustandes nach der ersten Verordnung durch Maßnahmen verlangt, die der

Zustimmung der Militärkontrollkommission

bedürfen. Auch die Heeresverwaltung und die Heeresleitung, die eine vollständige Kommandobehörde und einen großen Generalstab darstellen, werden beanstanden, es wird die Auslieferung dieses „Generalstabes“ gefordert. Das soll u. a. durch Auflösung der Abteilungen der Heeresleitung geschehen, die sich mit der Förderung von Offizieren im Zusammenhang mit der Anfertigung für Waffen und Gerät befassen, ebenso der Abteilung Luftart, der Gasabteilung, ebenso der Zentralerziehungsabteilung, während die für das Personal der Generalstabsoffiziere bestehende Abteilung unangeführt werden soll. Schließlich werden bestimmte Vorschriften über die Ausbildung für Generalstabsoffiziere gefordert. Weiter werden Einzelheiten über

die militärische Organisation des Eisenbahneheeres angegeben, die auf Mobilisierungsweise eingeleitet und in Bezug auf die Zahl der zum Zwecke der militärischen Verwendung bereitgestellten Eisenbahnmänner stärker sei als 1914 (200 000 gegen 160 000 im Jahre 1914). Sodann werden gefordert die Aufhebung der Zentralabteilung und der sechs Unterabteilungen, die Fortführung des für Militärtransporte unterhaltenen Sondermaterials, die Beseitigung besonderer Einrichtungen der Eisenbahnen und die Wiedereinrichtung von Zirkulationen. In Bezug auf die Waffenfabriken werden

Ueberführungen behauptet,

die bei den Divisionen und Truppenteilen vorliegen sollen. Die Ausbildung der Infanterie mit dem Infanteriegeschütz der Kanalarie mit dem leichtem M.G. und das Zusammenwirken von Zivilfahrzeugen mit dem Militär wird beanstanden und verboten, bzw. Beschränkungen, die die Militärkontrollkommission genehmigen soll, werden gefordert. Das Personal der Militärverwaltung und die Zahl der Verwaltungsverrichtungen werden als zu hoch bezeichnet.

Die Lebensmittelforderungen der Reichswehr

die für 57 Tage, in Schifffahrt sogar für 81 Tage vorhanden seien, werden beanstanden. Fortsetzung und Beförderung sowie gelegentliche Maßnahmen werden gefordert. Eine nicht genehmigte Küstenartillerieflotte in Wilhelmshafen wird angefallen unter dem Vorbehalt, daß Angehörige des Landheeres von ihr ausgeschlossen bleiben.

V. Heeresersatz und militärische Vorbereitungen.

Gegenüber den beanstandeten besonderen Einrichtungen für kurze Zeit, Exerzier- oder Probexerzier, Ausbildungstürme und Zeitvermiltige, gegenüber der Ausbildung von Reserveoffizieren und der Verleihung des Charakters als Leutnant an ausbleibende Unteroffiziere werden gelegentliche oder regelmäßige Besprechungen unter der Genehmigung der Kontrollkommission gefordert.

Verbände, wie der Stabsheim,

der Wehrmacht, der Jungorden, deren Mitglieder eine militärische Ausbildung empfangen hätten hätten von der Reichswehr Schichtdienste zur Verfügung gestellt bekommen und in vielen Fällen Ausbildungstürme durchgemacht. Hiergegen wird die Veröffentlichung und gegebenenfalls die Zurückführung solcher oder nachdringlich erlassener Gesetze oder Bestimmungen verlangt, die verpöblich sollen, daß die Verbände sich mit militärischen Dingen befassen oder irgendwelche Verbindungen mit den Militärbehörden unterhalten. VI. und VII. Eins und Ausweis, ferner Handel mit sowie der Besitz oder die Unterhaltung von Ausweisungen von Kriegsmaterial. Hier wird auf die Verhandlungen Bezug genommen, die gegenwärtig zwischen der Militärkontrollkommission und der Reichsregierung im Gange sind. Gewisse Ergänzungen werden beanstanden.

VIII. Militärische Auslastung.

Das Gesetz vom 25. August 1924, das die Schließung der deutschen Festungen verordnet und die Aufhebung der militärischen Anlagen vorseht, soll durch eine von der Militärkontrollkommission zu genehmigende Maßnahme ergänzt werden zu dem Zweck einer sofortigen mit dem Aufhebung aller Zonen mit militärischen Anlagen. Ähnliche Verordnungen werden gefordert für

IX. Kriegseinrichtungen, bezüglich deren das Gesetz vom 13. Juni 1873 noch nicht wirksam in Kraft aufgehoben ist.

X. Stellung Feindgegnen. Hier wird beanstanden, daß von 38 Feindgegnen nur vier seit aufgehoben seien, 23 auf Festen ruhen und 12 Flugzeugabwehrschiffe seien, das somit diese Artillerie eine richtige schwere Feldartillerie darstelle, die seit 1924 an den Westfronten genommen habe. Endlich seien vier Feindgegnen vorhanden. Es wird die Montierung auf ortsfesten Festen, die Ablieferung aller rollenden, die Ablieferung und Fortführung des überschüssigen Materials gefordert. Ähnliche Forderungen werden

XI. Bestehende Werk, Festungen und feste Anlagen, wobei die Dreiflächten auf

Wangeroog, in Seemannslande usw. beanstandet, andererseits die Anbringung geeigneter Stationen in Seemannslande, einer Fliegerabwehrbatterie in Seemannslande, zweier Beobachtungs- und von 31 der am 20. Oktober 1923 angeordneten 119 Küstenflugabwehrposten unter bestimmten Bedingungen angesetzt wird. Die hierfür erforderlichen Anlagen in den Küsten, die für Arbeiten in Vögen, Ulm, Marienburg, Jungsbock und in den Küstengebieten wird der jetzige Zustand genehmigt.

Die Mitteilungen von Zeichnungen. Es werden Zeichnungen der festen Flächen angefertigt, die früher ungenau oder unvollständig abgeleitet worden seien.

In die Vorarbeiten und Fortbildungen dieses Teiles der Anlage I schließt sich unter Teil IV eine Auffälligkeit der Zeichnungen an. Die beginnend mit dem Protokoll von Spa vom 9. Juli 1920 bis her von Seiten der alliierten Regierungen, der Reichsautoritäten oder der Militärkontrollkommission der Reichsregierung in Bezug auf die hier behandelten Artikel des Versailles Vertrags bereits gemacht worden seien.

Die Stellungnahme der Reichsregierung.

Ueber die gestrige Sitzung der Reichsregierung berichtet unser Berliner Reporter: Wie vorzu- zu sehen war, hat einer Ablehnung der Entensforderungen Teil in Reichsmitteln das Wort geredet, andererseits besteht aber keine Neigung, die Vorzüge und Fortbildungen der Entente, die wir schon in die Worte „Voraussetzungen zur Stämmung Köln“ überführt hat, zu hinzunehmen, wie sie in der Note niedergelegt sind.

Eingetragene im Kabinett darüber, daß man den Weg zu neuen Verhandlungen mit der Entente beschreiten will.

Die heutige Kabinettsitzung trug im übrigen hinsichtlich der von Deutschland zu erscheinenden Schritte nur vorbereitenden Charakter. Die endgültige Stellungnahme erfolgt erst nach Anhörung aller zuständigen Instanzen. Ueber alle Einzelheiten wagt die Regierung strengste Verschwiegenheit. Ueber, der amittlich mit der Note auch nur in Beziehung gekommen ist, mußte das Schweigegebot unterzeichnet werden.

Den Gehaltsnachricht der Note wird man dahin zusammenfassen müssen, daß Ruhe und Frieden nicht eher geräumt werden sollen, ehe nicht Deutschland zu weit entwirrt ist, daß die Reichswehr mittelfristig unverändert und zu einer reinen Fliegertruppe für den inneren Dienst umgewandelt ist. Auch der letzte Rest von Macht, den der Versailles Vertrag uns gelassen hat, das Recht und die allerhöchste Möglichkeit des Schutzes unserer Grenzen, soll uns genommen werden. Unter deutsches Band soll jedem Einfall auch nur des kleinsten Heeres völlig wechlos offen stehen.

Der Reichsgerichtspräsident über die Kriegsurteile.

Auf der letzten in Stuttgart eröffneten 6. Jahresversammlung der Gesellschaft für Völkerrecht führte der Reichsgerichtspräsident Dr. Emons unter anderem Bezug folgendes über die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse aus:

Gegenüber der Meinung des deutschen Volkes, einen Soldaten einem solchen internationalen Gerichtshof auszuliefern, ist die darauf basierende Bestimmung des Versailles Vertrages ein toter Buchstabe geblieben. Ich kann anführen und es ist der Versuch, die Angelegenheiten des Völkerrechts durch den Reichsgerichtspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten beurteilen zu lassen, hat Frankreich, im Jörn über das meist negative Ergebnis der Reichsgerichtspräsidenten, verurteilt. Und obwohl dieses Ergebnis teils der unglücklichen feierlichsten Angelegenheiten, teils der Meinung der Gegner, das Reichsmaterial zur Verfügung zu stellen, auszuschreiben war und dem Reichsgericht die mühsame und teilsige Führung der Verhandlungen auszuliefern, ist die darauf basierende Bestimmung des Versailles Vertrages ein toter Buchstabe geblieben.

Was sich Berlin erzählt.

Waffenversteck im Gräbe. — Mein Ausflug nach Kopenaggen. — Vom neuen Polizeipräsidenten. — Die neue Wohnung. — Die neue Wohnung. — Die neue Wohnung.

„Vater, Mutter, Mann und Maus — stehen froh in der Gräbe“, heißt es zu Pfingsten nicht anders, und so hat denn Berlin auch diesmal die Allgegenwart bedürftig: zwischen Märschen und Spreewald war kein Einkommen. Am eine Wohnung von der Bewegung der Menschenmassen zu erhalten, braucht man sich bloß gegen zu lassen, daß alle die Straßenbahn an den zwei Pfingsttagen 4,3 Millionen Fahrgäste verabschiedet hat. Die Eisenbahnen, Automobile, Dampfer weisen entsprechende Ziffern auf. Die acht großen Freizeidare an den Gewässern rund um Berlin hatten dabei nicht einmal den ermittelten Rekord. Wer es trotzdem konnte, der fuhr noch weiter hinaus, um wirklich gänzlich unerbeutert, garantiert frische extraprima Luft zu genießen. Wie in die mediterrane Sonne gern die Leute vieler Länder zu kommen, so hat sich auch hier ein großer Teil der Berliner Bevölkerung an die Küste von Kopenaggen begeben. In der ersten Hälfte des Jahres 1923 hat sich zum Frühjahr zunächst 4 Eier und 7 Bräutigame verlobt, dann folgte es sich aus der Keilspitze noch die heimliche Schilddrüse herzu und schließlich sie sich vierteljährlich in den Mund. In der ersten Hälfte des Jahres 1923 hat sich zum Frühjahr zunächst 4 Eier und 7 Bräutigame verlobt, dann folgte es sich aus der Keilspitze noch die heimliche Schilddrüse herzu und schließlich sie sich vierteljährlich in den Mund.

lungen von lombardener englischer Seite bestätigt worden war, und ganz besonders in neuerer Zeit, als die Verträge zwischen russischen und italienischen Truppen abgeschlossen worden, was fast sieben Jahre nach dem Waffenstillstand.

Ein italienischer Artikel nach dem anderen ergab eine deutliche, die zum Teil nachweisbar war nicht in der Lage gewesen sind, die ihnen zur Verfügung stehenden Tatsachen zu belegen. Ich habe mir verpflichtet, auch von dieser Stelle aus gegen solche völkerrechtliche Gerichtigkeit mit allem Nachdruck Protest zu erheben.

Zum Schluss bemerkte der Redner: Wenn der Generat trotz unserer Bereitwilligkeit, alle gerechten Forderungen zu erfüllen, Gewalt anwenden will, so sind wir überzeugt, daß die fortschreitende friedliche Entwicklung der Welt uns allen den unparteilichen Gerichtshof bringen wird, vor dem wir unser Recht finden werden.“

Ungarn vor schweren Tagen.

Zu der gestern gemeldeten Verhaftung des ehemaligen ungarischen Ministers Beniczky schreibt uns unser Sonderberichterstatter:

Ungarn steht offenbar vor ersten Tagen. Gemäß Bericht ist eine der angesehensten Persönlichkeiten unter den ungarischen Beniczky. Die Gesandtschaft mußten den Beniczky und den Reichsminister Horváth in tiefen, Horváth hat König Karl aus Budapest und Ungarn vertrieben, und die Beniczky sind heute in Horváth einen offenen Vertreter und einen der gefährlichsten Gegner der habsburgischen Restauration. Rummer haben die Beniczky durch Beniczky den großen Schlag gegen Horváth gerichtet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Beniczky in dem Augenblicke auftrat, da sich in Genf der Völkerverbund mit den ungarischen Anzeigebestimmungen eingehend zu beschäftigen hat.

Es stellt sich in Ungarn vielleicht ein Kampf auf Leben und Tod ab, und man muß bei der Erwartung der letzten Monate getroffenen Vorbereitungen der Beniczky (die Schriftsteller) die Ereignisse der nächsten Wochen mit der größten Aufmerksamkeit beobachten.

Mussolini und Rußland.

Mussolini führte in der italienischen Kammer zum italienisch-russischen Handelsvertrage aus: „Sehen wir uns die Ergebnisse an: Die Kaufkraft ist bedrohlich. 1913 führte Rußland für 73 Millionen Rubel nach Italien aus, während sich die Ausfuhr Italiens nach Rußland auf 16 Millionen Lire beschränkte. Unsere Handelsbilanz nähert sich im Verkehr mit Rußland jetzt allmählich dem Gleichgewicht. Vom 1. Januar bis 30. April 1925 belief sich der Wert der russischen Einfuhr nach Italien auf 19 Millionen Lire und der der italienischen Ausfuhr nach Rußland auf 17 Millionen Lire. Nach einer offiziellen Umfindung der russischen Regierung sollen im nächsten Rechnungsjahre größere Anläufe in Italien abgeschlossen werden als im laufenden Rechnungsjahre.“

Dieser Vertrag nun angenommen werden, heißt mehr er selber haben sollte. Die bisher erzielten Ergebnisse müßten als eine Grundlage zur Erreichung anderer und bedeutenderer Ergebnisse angesehen werden. Die Statistik eines russischen 130-Millionen-Volkes und eines hier großen und sehr reichen russischen Gebietes dürfen nicht übersehen werden. Wenn andere Länder, die kapitalistischen sind als wir, sich besten, die Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, so können wir, die wir wirklich eine sehr rasch wachsende Nation sind, uns nicht von Beziehungen trennen, halten, wo es auch nur eine Zukunftsmöglichkeit für uns gibt. (Sehr lebhafter Beifall.) Die Kammer nahm darauf den Handelsvertrag an.

„Ich bin ein medienfähiger Menschmann. Das geht bei, Dimele, mit Capen an?“

Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel. Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel. Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel.

Im Anschluß an die Rede Mussolinis führte der Abgeordnete Ranzani, der Direktor des Instituts für Auslandsvermittlung, aus: Rußland bedeutet für Italien

die einzige Möglichkeit, sich dem anachronistischen Selbstzug zu befreien. Die italienische Frage steht im Schwarzen Meer an erster Stelle, es mehr der russische Handel nach der Südhälfte geht, desto besser ist es für Italien. Der Redner empfahl die Zulassung der russischen Effekten auf dem italienischen Markt und die Gründung eines italienisch-russischen Kreditinstituts.

Mussolini über den nächsten Krieg.

Bei der Kammerdebatte über die italienischen Beziehungen nach Rußland sagte Mussolini: „Genosse der Alpen gab es drei Wälder und drei Wälder: einen westlichen, einen deutschen und einen russischen. Wie immer im Laufe der Jahrhunderte, werde der Angriff von diesen Seiten kommen. Man müsse sich also einen antinationalen Krieg hauptsächlich als einen Landkrieg vorstellen, wie es übrigens auch der letzte große Krieg gewesen sei.“

Die Wirren in Ostasien.

Ueber die Lage in Ostasien liegen die Witterungen in London weitere Nachrichten vor, wonach in Bezug auf die japanischen Streitkräfte, die in Ostasien japanische Truppen gelandet worden sind. Die „Londoner Times“ melden, die chinesische Staatsregierung protestiert gegen die Landung japanischer Truppen in Ostasien. Die japanische Regierung hat in Ostasien eine gemeinsame Aktion gegen die Streitenden vorgezogen haben, falls sich die Unruhen auf ausländische Unternehmungen ausdehnen sollten.

Der Kaiser von Rußland erklärte sich gegen den Generalstreik, aber für den Boykott von Gütern und Banknoten der an den Vorkäufen in Shanghai beteiligten Länder sowie für die Zurückziehung der Deposits aus ihren Banken.

Rußland und die Unruhen in China.

Die D. Z. meldet aus Peking: Die Russen verfolgen die Unruhen in Shanghai mit großem Interesse und vorwiegend täglich Einzelheiten über jeden Zusammenstoß, indem sie betonen, daß Japan die Kommunisten in Ostasien unterstützen. Die Russen sind Japan allen Wäldern eine gemeinsame Aktion gegen die Streitenden vorgezogen haben, falls sich die Unruhen auf ausländische Unternehmungen ausdehnen sollten.

Der Kaiser von Rußland erklärte sich gegen den Generalstreik, aber für den Boykott von Gütern und Banknoten der an den Vorkäufen in Shanghai beteiligten Länder sowie für die Zurückziehung der Deposits aus ihren Banken.

Der Kaiser von Rußland erklärte sich gegen den Generalstreik, aber für den Boykott von Gütern und Banknoten der an den Vorkäufen in Shanghai beteiligten Länder sowie für die Zurückziehung der Deposits aus ihren Banken.

„Ich bin ein medienfähiger Menschmann. Das geht bei, Dimele, mit Capen an?“

Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel. Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel. Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel.

Ausnahmegesetz gegen Deutsche in Ostasien.

Ein neuer schwerer Schlag hat die Deutsche in Ostasien getroffen: Es wurde ein Ausnahmegesetz gegen die Deutschen erlassen, das die Frage der Gemeindefreistellung regelt. Der Gemeindefreistellung ist die wichtigste Aktion in vielen Gemeinden, und daher verlangte der Senator Tolomei schon längst, daß die Gemeinden italienische Sekretäre auftrudeln würden. Nun ist dies geschehen. Der Gemeindefreistellung ist in Südtirol nicht mehr von der Gemeinde ernannt, sondern vom Präsidenten und kann wie ein Beamter beliebigen von einer der anderen Gemeinden ernannt werden. Der Gemeindefreistellung ist in Südtirol nicht mehr von der Gemeinde ernannt, sondern vom Präsidenten und kann wie ein Beamter beliebigen von einer der anderen Gemeinden ernannt werden.

Man hat sich also, daß das ganze Ausnahmegesetz darauf hinausläuft, die deutschen Gemeindefreistellung zu entfernen und an ihre Stelle Italiener zu setzen, die dann in der Gemeinde Epithetendie ersehen und die Finanzen der Gemeinden in der Hand haben sollen.

Das Beflagsrecht der Städte.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Am 2. August vorigen Jahres hatte der Reichstag die Beflagsrechte der Städte in Ostasien beschlossen. Die Beflagsrechte der Städte in Ostasien haben die Städte in Ostasien beschlossen. Die Beflagsrechte der Städte in Ostasien haben die Städte in Ostasien beschlossen.

Der Gesundheitsstand in Preußen.

Im Hauptausfluß des preussischen Landtages als Ministerialrat Direktor Dietrich bei Beratung des Gesundheitsstandes des Ministeriums für Volkswohlstand in Preußen. Die Gesundheitsstandes des Ministeriums für Volkswohlstand in Preußen. Die Gesundheitsstandes des Ministeriums für Volkswohlstand in Preußen.

Entscheidung des Deutschen Lehrertages in Hamburg.

Der 23. Hauptversammlung des Deutschen Lehrertages in Hamburg wurde mit einer einstimmigen angenommenen Entscheidung abgeschlossen, in der es u. a. heißt: Die Hauptversammlung des Deutschen Lehrertages in Hamburg wurde mit einer einstimmigen angenommenen Entscheidung abgeschlossen, in der es u. a. heißt.

„Ich bin ein medienfähiger Menschmann. Das geht bei, Dimele, mit Capen an?“

Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel. Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel. Ich habe nun zwei Freizeidare deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet einer russischen Insel.